empfiehlt er die Taktik: „Heran an die Massen!", was richtig und konsequent ist. Aus dieser Auffassung über Ursache und Stand des Streites zwischen Parteileitung und Union stellen wir der Union zwei konkrete Aufgaben:

1. in bezug auf das „aus-dem-reformistischen-Sumpf" ziehen der arbeitenden Proletarier,
2. in bezug auf dasselbe bei den Arbeitslosen.

Zu 1. Die Massen müssen zu allererst wieder an Klassenkampf gewöhnt werden. Wir müssen mittels „wilder Streikbewegungen" die mechanische Lohn- und Tarifpolitik der parasitären Gewerkschaften und Unternehmer durchkreuzen. **Wir müssen dafür Sorge tragen, daß Kämpfe um Lohn- und Arbeitszeit auf breitester Grundlage entbrennen und unter Ausschaltung der Gewerkschaften geführt und abgeschlossen werden. Wer da von „Gewerkschaftsersatz" spricht, der verkennt die historische Situation überhaupt, der verkennt die rein parasitäre gesellschaftliche Rolle der Gewerkschaften im imperialistischen Zeitalter auf der koalitionspolitischen Basis, der läßt den Gewerkschaften den Heiligenschein traditioneller Klassenkämpfe ungehindert auf dem fetten Haupte liegen zu einer Zeit, wo die Gewerkschaften alle Streikbewegungen mittels Daumendruck auf die Verbandskasse in Verbindung mit den gewerkschaftlichen Ministern und Polizeipräsidenten ersticken. Wer darum angesichts dieser Tatsachen die Union als ein Kräutchen, „das im Verborgenen blüht", betrachtet, wer verhindert, daß die Union das richtende Schwert der proletarischen Revolution werde, der sorgt heute schon heilig dafür, daß die Union nicht populär wird, also revolutionsunfähig.**

Wir deuteten oben an, daß wir Kriegsmöglichkeiten wittern. Im Falle eines solchen machen die Gewerkschaften noch mehr als bisher in Burgfrieden. Hier kann und darf die Union sich nicht selbst ausschalten, wenn die Massen Steckrüben essen und an Giftgas und Grippe sterben, wie die Fliegen. **In dieser historischen Situation erwächst der Union die Aufgabe, die Interessenvertretung der proletarischen Massen sowohl im Rahmen des „absoluten", wie des „relativen Lohngesetzes" in die Hand zu nehmen.** Tut die Union dies nicht, dann züchtigt sie den USPDismus und das Einheitlertum treibhausartig angewollt. Diese Gittpflanzen dürfen nicht mehr wie 17—18—19 zur Blüte und Entwicklung gelangen. Wer darum Revolution im positiven Sinne will, der muß der Union die Mittel und Waffen geben zur Stärkung und Hebung ihres „Einflusses" auf die im Reformismus erstickenden Massen.

Zu 2. In bezug auf die Arbeitslosen hat die Union eine konkrete Aufgabe zu erfüllen. Die „Pflichten" der Arbeitslosen gehen ins Paradoxe. Die tägliche, jahrelange Stempelei ohne Aussicht auf Beschäftigung ist widersinnig und wird von den Massen mit zunehmendem Zorn widerwillig ausgeführt. Eine Reichskampagne mit dem Ziel eines **Generalstempelstreiks** kann zur Hebung des „Einflusses der Union" beitragen, wenn es gelingt, den einmaligen Kontrolltag durchzudrücken. Auch hier haben besonders die Unionisten und KAPisten ein lohnendes Aktionsfeld zu betreten, das sie nicht unausgenützt lassen dürfen, indem sie Gelegenheit haben, breitesten Massen ihre Lebensberechtigung in Rat und Tat demonstrativ vor Augen zu führen.

Gelingt es Genossen, die den Mut haben, zu sagen, daß diese Forderungen nicht revolutionär genug und die Methoden ihrer Durchführung nicht forsch genug seien, wenn ja, dann sollen jene Genossen den Beweis antreten, wie sie mit Grippe-, Hunger- und Giftgaseisen und einer toten Union und Partei die Revolution vorbereiten wollen.

Darum, Reichskongreß der Union, nicht Selbstaufgabe, nicht Passivität, sondern Aktivität, Positivität und „Vorwärtsmarsch, Union!" soll unsere Losung sein!

Aus der Bewegung

Chemnitz

C. G. Haubold A.-G.

Es ist notwendig, einmal die Tätigkeit des DMV., der KPD. und SPD. in diesem Betrieb zu beleuchten. Ehemals war das Werk eine Hochburg der KPD. Die Parolenschusterei und politische Grundsatzlosigkeit, „rinn in die Kartoffeln und raus aus die Kartoffeln" dieser wirklich „einzigen" Arbeiterpartei entzog ihr, wie in fast allen Chemnitzer Großbetrieben, so auch hier den Grund unter den ohnehin schon sehr schwachen nöligen Füßen. Wie denn auch die ganze Tätigkeit der KPD. gut dazu geeignet ist, Wasser auf die Mühlen der SPD. zu leiten, und die, wenn auch nur vorerst rein gefühlsmäßig, gegen den blanksten Reformismus rebellierenden Proletarier, ihre werden zu lassen an den ureigensten Aufgaben ihrer Klasse. Diese Arbeiter zum Teil wieder zurücktreiben in die „große" SPD. oder zum überwiegenden Teil abzestoßen und abgeekelt in resignierenden verderblichen Indifferentismus, das ist das Fazit einer sich fälschlicherweise kommunistisch nennenden Partei, die in ihrem Interesse (wenn man die beschönenden, den unaufgeklärten Arbeiter betrügenden radikalen Phrasen abstreicht) sozialdemokratischer als die Sozialdemokratie selbst ist.

Die unter der Arbeiterschaft grassierenden parlamentarischen, demokratischen Illusionen, und die an die (das muß offen ausgesprochen werden) an das kann glaublich grenzende politische Naivität und Rückständigkeit, unter Mitwirkung oben gekennzeichneter, den Kommunismus diskreditierender Tätigkeit der KPD., sorgten dafür, daß die SPD. wieder das gesetzlich verbrämte Monopol der Bevormundung der Belegschaft an sich nehmen konnte. Lediglich auf die vorbenannten Eigenschaften der Proletarier stützt sich das Gebäude SPD. DMV., nährt sich von ihnen, und man kann daraus sehr wohl auf den inneren Wert, sagen wir einmal auf die Gesundheit dieser beiden „großen" Organisationen schließen. Es wird gesagt, daß nicht immer große, robuckiene Wesen gesund sind, im Gegenteil, sie seien oft innerlich sehr krank, hohl und leer, ein Hemmnis für neues pulsierendes Leben. „Ganz gute" Mitglieder des DMV. bestätigen denn auch, daß ihre Organisation im Betrieb „eigentlich nicht so sei, wie sie sein müsse." Die Tatsache, daß es bei Wahlen von Branchen-Vertrauensleuten unter den ca. 800 DMV.-Mitgliedern (⅔ der Belegschaft) genügend geeignete Kollegen zu finden, schwer ist. Der Besuch der sogenannten „Organisiertenbesprechungen", die einen „Ersatz" darstellen für überhaupt nicht mehr stattfindende Betriebsversammlungen, der der besonders aus Angst fallende ideologische Tiefstand der überwältigenden Mehrheit, alles das zeigt, was diese Organisation im Grunde ist. Zeigt auch, welch ungeheure Arbeit noch geleistet werden muß, um das Proletariat den Weg zum Klassenbewußtsein, zur wirklichen Klassenehrlichkeit sichtbar und gerade zeigen zu sehen.

So ganz kurz skizziert, sieht der DMV. in diesem Betriebe aus, und so sind es denn auch nur ein paar Kollegen, welche, sich stützend auf die Zahlen ihrer Mitglieder und vor allem auf ihre gesetzlich sanktionierte Funktion als Betriebs-, bzw. Arbeiterrat, ganz rigoros über die Angelegenheiten der Gesamtbelegschaft nach eigenem Gutdünken bestimmen. Keineswegs wollen wir diesen Leuten die Ehrlichkeit ihrer Gesinnung absprechen, welches aber auch ebensowenig bedeutet, daß ihr Tun nicht, weil es in den Grundzügen, den proletarischen Klassenaufgaben und Notwendigkeiten direkt zuwiderläuft, von uns nach Möglichkeit, sachlich und offen bekämpft wird. Im Interesse wahrer Einheit der Arbeiterklasse, von unten auf.

Streik und Aussperrung im vorigen Jahre zeigten eindeutig, daß es benannten Kollegen keineswegs darum zu tun ist, in sachlicher Weise sich auseinanderzusetzen mit politisch Andersdenkenden. Schon die erste Streikversammlung zeigte, daß man seitens der Prominenten gewillt war, jeden Versuch der Kritik an der freigewerkschaftlichen Niederlagenstrategie einfach zu vergewaltigen. Diesmal gelang der Versuch, die „Ordnung" wiederherzustellen, daneben, weil selbst DMV.-Mitglieder protestierten, und wohl auch die Mehrheit der Versammelten Unorganisierte waren. Die folgenden Versammlungen, kläglich besucht, und dazu fast ausschließlich von DMV.-Kollegen, waren traurige Zeichen für die marxistische „Schulung", besonders der Vertrauensleute des DMV. und der Arbeiterratsmitglieder. Sonderbare Figuren, spaßhaft fast, waren die Aufgaben der Arbeiterschaft nicht bitterer Ernst, machten gerade in dieser Situation die Kollegen von der KPD.-Fraktion, die durch 2 Sitze im Betriebsrat vertreten ist. Während sich der „Kämpfer" in nicht zu übertreffendem Geschrei mit der ruhigeren Kollegin „Volksstimme" zum Gaudium der Klassengegner herumzankte, und die bekannten, im Interesse russischer Staatsnotwendigkeiten liegenden, unsinnigen, kindischen Parolen nur so aus dem Aermel schüttelte, sah und hörte man in den Streikversammlungen nichts von den Kollegen der KP.-Fraktion. Ob sie sich wohl selbst auch bewußt waren der politischen Lächerlichkeit, aber auch Ausweglosigkeit, der Parolen ihrer Partei? Schmunzelnd konnten die Führer der SPD. feststellen, daß doch die KP.-Kollegen „Disziplin im Interesse" der Bewegung hielten. Wir überlassen es den Kollegen von der KPD. selbst, aber auch der Gesamtbelegschaft, sich klar zu werden darüber, wieweit sie selbst Schuld sind daran, wenn weiter, wie bisher, die auch vom DMV. sanktionierte Peitsche des Schlichtungswesens die Arbeiter dem Nichts entgegentreibt.

Typisch sozialdemokratisch war es, wenn ein Arbeiterratsmitglied einmal sagte: „Was kümmern mich diese Unorganisierten, wir denken nicht daran, uns mit diesen Blöden abzugeben." Wie auch verschiedene Handlungen desselben Kollegen, an das Gemeine grenzend, dazu angetan sind, schärfsten Protest wachzurufen. Gerade darum, weil wir wissen, daß nicht eine Handvoll Streber genügen, um die Ketten der Knechtschaft zu zerreißen, weil wir wissen, wie steinig und beschwerlich der Weg des klassenbewußten Proletariats ist, darum ringen wir gerade um die Seele der Proletarier, die zum großen Teil heute indifferent beiseite stehen. Wir wissen, daß ein großer Teil von ihnen abseits steht, weil er instinktiv begriffen hat, daß der Vez der Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien der Weg ins Nichts ist.

Wir sagen Ihnen: Erkennt, wie unbedingt notwendig ist, den Zusammenschluß des Proletariats in einer zielbewußten und innerlich starken, wirklichen Klassenorganisation. Zeigt jenen, die, bewußt oder unbewußt, den Weg proletarischer Gängelei gehen, daß ihr nicht die „Blöden", die „Schimpfkanonenfutter" an „ihren", angeblichen Errungenschaften seid. Besinnt Euch und handelt.

An dieser Stelle wollen wir nicht auf eine grundsätzliche, prinzipielle Kritik an den „freien" Gewerkschaften eingehen. Wir werden demnächst Gelegenheit nehmen, diese Fragen sachlich, in Form einer Reihe von Flugschriften, vor der Gesamtbelegschaft aufzurollen; denn die Frage der proletarischen Klassenorganisation ist nicht nur ein Privileg der Organisation, sondern der gesamten Arbeiterschaft. Soll die wirkliche Einheit der Arbeiterklasse, von unten auf, zur Tat werden, so gilt es ungeschminkt die harte Wahrheit, für manchen ehrlichen SPD.- und DMV.-Kollegen so bittere Wahrheit, vor der breitesten proletarischen Oeffentlichkeit hell zu beleuchten. Durch scharfe Kritik werden wir erst zur proletarischen Klassenerkenntnis, zur Klassenreife kommen. Denen, die, wenn sie in Diskussionen über die Politik ihrer Organisation, ob SPD. oder DMV., faktisch vor dem Nichts stehen, sich ausredend immer nur erklären: kritisieren ist so leicht, besser machen müßt ihr es! gerade diesen Kollegen möchten wir sagen: „Wir kritisieren nicht, um alle Kritik willen, wir wollen, daß ihr durch Kritik zur Erkenntnis, und das Proletariat zum „besser machen" kommt. Die Kritik der KPD. ist nicht unsere Kritik. Jene sagt: An Stelle der SPD.-Führer im DMV. solche der KPD. Wir sagen: Nicht andere Führer, die herrlicher sind, die „schlechten" Führer sind nicht die Wurzel proletarischer Ohnmacht, sie sind erst das Produkt gewerkschaftlicher Tarif- und Schlichtungspolitik, sie sind schlecht darum, weil ihr sie durch Eure demokratischen und parlamentarischen Illusionen, durch Euren Glauben an das „Schritt für Schritt in den Sozialismus hineinwachsen", „schlecht" sein laßt.

Wir sagen mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, aus unserer Erkenntnis: „Einigkeit des Kampfcrestes . . . ja, und für immer!"

Einigkeit der toten Form als Tod des Kampfgeistes nimmermehr! Sprengen wir eine solche Organisation, die eine Fessel des Klassenkampfes bildet, heißt, die Arbeiterklasse kampffähig, schlagkräftig machen; eine solche Fessel erhalten und verstärken, heißt, die Arbeiterklasse in Knechtschaft stürzen."

Darum: Heraus aus dem Fessels demokratischer und gewerkschaftlicher Kompromißchusterei, deren Folgen sich eindringlich an Euren eigenen Leibern immer krasser auswirken, heraus aus Euer traditionellen Einheitsduselei und Disziplin. Heraus aus diesen, Euer eigenes, unmenschliches, finsteres und sorgenvolles Dasein weiter an die notwendigkeiten des kapitalistischen Staates kettenden Gewerkschaften. Helft mit am Aufbau einer der revolutionären Klassenorganisation, der Allg. Arb.-Union.

Gelsenkirchen-Buer

Am Sonntag, den 17. Februar, fand eine Erwerbslosenkonferenz statt, einberufen vom Bezirksarbeitsausschuß Ruhrgebiet, Richtung KPD. Die Erwerbslosenzeitung, die der Bezirksarbeitsausschuß jeden Monat herausgibt, forderte schon 2 Monate vorher, daß die Delegierten zu der Konferenz in öffentlicher Erwerbslosenversammlungen gewählt werden sollen. Die Praxis war aber so, daß sich in Essen die Erwerbslosenausschüsse der KPD. ein Stelldichein gegeben haben, denn wie in Gelsenkirchen-Buer, so fanden mindestens 3 Kollegen aus Essen, die von Montag bis Freitag buchstabenweise erfolgt. Dieses Verfahren muß dem Proletariat, daß andere Richtungen dann zur Konferenz gewählt werden wollen. So kam man auch im Bericht des „Roten Fahne" (KPD.) in der Nummer 43 vom 20. Februar zu lesen, daß alles einstimmig gefaßt worden ist, gerade wie in der Katholischen Kirche. Die roten Pfaffen haben gesprochen auf der Konferenz, radikale reformistische Phrasen gedroschen und die Delegierten der KPD. haben dazu genickt. Die roten Pfaffen Florit, und Jaddasch, Mitglieder des Reichstages, haben eine Sache gut gemacht, die kapitalistische Meute freut sich, daß sie solche eure Handlungen hat, die die Erwerbslosenpreise mit radikaler Phrasendrogie besoffen machen. Die Entschließung, die dort einstimmig angenommen worden ist, enthält Forderungen, die im kapitalistischen Staat nicht durchzuführen sind. Die Erwerbslosenzeitung, die vom BA. der Erwerbslosen herausgegeben wird, fordert immer wieder die Erwerbslosen auf, in die konterrevolutionären Gewerkschaften hereinzugehen. Vom Kampf gegen den kapitalistischen Staat, Sturz dieser Gesellschaftsordnung, kommt um den Kommunismus, kann man in dieser Zeitung nicht finden.

Interessant ist die Forderung: **Anerkennung der Erwerbslosenausschüsse und gesetzlicher Schutz derselben wie den Betriebsräten.** Wir haben hundertmal nachgewiesen, daß die Gesetzlichkeit dem Proletariat das Genick bricht und es gesetzlich an den Kapitalismus festkettet. Hier kann man offen sehen, daß die KPD. sich häuslich einrichten will im kapitalistischen Staat, gerade wie die SPD. Ihre Einstellung zum Parlamentarismus, zu Gewerkschaften und letzt zur Erwerbslosenfrage zeigen ledenn ehrlichen Arbeiter, der noch ein Fünkchen Klassenbewußtsein hat, daß die KPD. ein Abklatsch der SPD geworden ist und in der entscheidenden Situation versagen wird, daß die Konterrevolution sein wird. Auf Grund der letzten Erwerbslosenversammlung in Buer, wo wir als AAU. enthüllt haben die Verräterrolle der KPD., sowie ihre Erwerbslosenausschüsse und speziell den von Buer unter die Lupe genommen haben, ist es so weit gekommen, trotzdem der Erwerbslosenausschuß (Siebert) eine Erwerbslosenversammlung einberufen hat am Samstag, sind nur 20 Mann dageblieben nach dem Stempeln, Siebert erklärte, er hält die Versammlung nicht ab, zu den Genossen der Union sagte er, Ihr würdet ja auch gar nicht in die Erwerbslosenversammlung reinkommen. Wir hätten ja Siebert bewiesen, daß wir doch reingekommen wären; denn ihr neuester Schlager ist jetzt, wer keine Interessenkarte zu 10 Pf. kauft, kommt auch in keine Versammlung herein. Soweit ist diese Richtung schon hinabgeglitten. Man kann ja verstehen, warum sie gesetzliche Erwerbslosenausschüsse wünschen; dann kann sie ja niemand mehr absetzen. Die Erwerbslosen haben die Quittung gegeben, indem keiner zur Versammlung kam. Es liegt an uns jetzt, planmäßig im ganzen Reich vorzustoßen, die KPD. nebst Gewerkschaften als das entlarven, was sie sind, Handlanger der kapitalistischen Gesellschaft. Ferner ist es notwendig, in der Union zur Frage der Erwerbslosen praktische Stellung zu nehmen im Reichsmaßstabe und überall die Erwerbslosen-Aktionsausschüsse zu bilden. Den Erwerbslosen sowie der übrigen Arbeiterschaft bleibt nichts anderes übrig, als mit der Union auf antigesetzlicher Grundlage für den Kommunismus, für die proletarische Revolution zu kämpfen, oder unterzugehen in der Barbarei.

Duisburg

Ueber ganz Deutschland ging bekanntlich bittere, anhaltende Kälte. Bei der Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung, die von Montag bis Freitag buchstabenweise erfolgt, müssen die Erwerbslosen Duisburgs in einer Baracke, die vielleicht 100 Mann faßt, bei dieser Kälte stundenlang, um diese Bettelpfennige zu bekommen, warten; für jeden Buchstaben ist eine Auszahlungszeit von ½ Stunde festgesetzt. Kommt einer auch nur eine Minute zu spät zur Auszahlung, dann bekommt er erst sein Geld am nächsten darauffolgenden Mittwoch auf dem Arbeitsnachweis. An allen Montagen geht die Auszahlung in dieser festgesetzten Zeit (½ Stunde) gut vonstatten; aber o weh, am Donnerstag, bei der Auszahlung der Buchstaben: „R bis Sch", von 10.30 Uhr bis 11 Uhr, dann stehen die Erwerbslosen mit hungrigen Mägen bis 1, auch ½2 Uhr draußen in der Kälte und warten auf diese lumpige Unterstützung. Grund, da in diesen Buchstaben die meisten Erwerbslosen vorhanden sind. Die Herren Dezernenten haben den Milistand schon lange eingesehen, aber Abhilfe schaffen sie nicht. Wo bleiben die Bonzen (Parlamentsvertreter), bei denen schon mehrere Erwerbslose vorstellig wurden, die dem auch Abhilfe versprachen und wo bleibt da der am Orte bestehende (nicht anerkannte) Erwerbslosenausschuß, in dem nur die KPD. majoritätsbestimmend ist?

Die „Helden" der Demokratie

Nicht schaffende Menschen, die unter Tage das schwarze Gold schaufeln, auch nicht die Arbeitsmänner mit dem Hammer, die unter Einsatz ihres Lebens Werte schaffen, auch nicht der Wissenschaftler, der kulturelle Forschungen erzielt, auch nicht die Seelente, die mit den Wellen kämpfen, sind die Helden, die von der kapitalistischen Gesellschaft mitsamt ihrem sozialdemokratischen Anhang gepreßt gezeiert werden.

Boxer, Filmsterne, Rekordmenschen und abgeklappte Generale, das sind die Helden der demokratisch-kapitalistischen Gesellschaft. Die Sozialdemokratie feiert es, was in Ordnung, daß man Menschen feiert, die nichts, auch gar nichts Produktives für die Menschheit leisten. Auch dieses ist eine Erscheinung, die markant den Verfaulungszstand des Kapitalismus widerspiegelt. Sie zeigt deutlich, welchen Wert der schaffende Mensch im Kapitalismus hat, ganz gleich, ob er sich demokratisch, republikanisch oder monarchistisch aufspielt.

Nicht nur Sozialdemokraten finden solche Dinge in Ordnung, sondern auch die „Welt am Abend", dieser Morgenpostersatz mit KPD.-Einstellung. Man liest nämlich in diesem Schwestblatt der „Roten Fahne", vom 22. Februar 29, daß am 1. März die Boxer Schmeling, „der deutsche Dempsey", wie sie sich dabei wirklich um einen Schritt nach links handelt, ist dieser Schritt nicht der praktische Ausdruck eines bewußten revolutionären Vorsatzes, sondern nur ihre durch objektive Verhältnisse bedingte Zwangsläufigkeit. Denn nicht die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer revolutionären Klassenkampfpolitik, die Massenmobilisierung hat zur taktischen Wendung gehört zur Demokratie und ihrem Geschäft. Wie könnte sonst wohl die „Welt am Abend" kommentieren, daß es besser wäre, für Menschen, die ihrer Kräfte haben, daß sie sich nicht boxen in ihrer tierischen Art, sondern mit ihrem breiten Kreuz lieber Steine tragen könnten und wirklich der Menschheit dienen. Solche Worte kann man nicht mehr in den KPD.-Organen finden. Da sie sich längst dem Kapitalismus prostituiert (siehe Inseratenteil und Reklamepflanzage). Auch die Berliner Arbeitersportler, die ideologisch hinter der KPD. herlaufen, finden die Verherrlichung der bürgerlichen Sportwahnsinns, durch die „Welt am Abend" ganz in Ordnung. Wie lange noch wird sich das Proletariat von den roten Pfaffen, die es mit seinen Groschen ernährt, blenden lassen? Wann wird sich endlich die Flamme der Erkenntnis entzünden?

Mögen sich sozialdemokratische Ministerlinge vor Boxer, Flimmersterne und Generale elastisch beugen und siefelern, mögen die Salonkommunisten von der „Welt am Abend" dazu Beifall klatschen — ihnen gebührt diese Narrenrolle, sie kleiden ihnen. Das denkende Proletariat hat mit dieser Gesellschaft nichts zu tun und mißt seine Welt erkämpfen, wo nicht Müßiggänger und Sportler, sondern schaffende Menschen, die unter Lebensgefahr ihre Arbeit verrichten, die Helden der Gesellschaft sind.

Mitteilungen

Reich

Bezirk Rheinland.

Am Sonntag, den 10. März, findet in Düsseldorf im Lokal Sevens, Kieferstr. 2, eine **Bezirkskonferenz** der AAU. statt. Alles nähere durch Rundschreiben. Jede Ortsgruppe muß vertreten sein.

Chemnitz.

Die öffentlichen Diskussionsabend finden regelmäßig alle 14 Tage Sonnabends, 20 Uhr, im Gasthaus zur Linde, am Theaterplatz, statt.

Nächste Veranstaltung am 9. März.

Provinz Brandenburg

Finowtal.

Auskunft über Versammlungen und Betriebsberichte an Karl Falk, Kurpferhammer bei Eberswalde, Lichterfelder Str. 3.

Daselbst jeden Sonntag von 10—11,30 Uhr Zeitungsausgabe sowie Bekanntgabe des Tagungslokals und Mitgliederaufnahme.

Groß Berlin

6. Bezirk. Oeffentlicher Diskussionsabend.

Am Freitag, den 15. März, abends 8 Uhr, im Lokal Reiche, Gitschinerstraße 88. Thema: Führer und Massen.

Genossen, sorgt für zahlreichen Besuch.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: F. Rother, Berlin O 112
Druck: Druckerei f. Arbeiterliteratur, W. Iszdonat, Berlin O 112

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union

(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

März 1929 — Für Erwerbslose 5 Pfennig

Jahrgang 10. Nr. 11 — Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Union u. durch die Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13 — Preis 15 Pfennig

Der „Linkskurs" der KPD.

Ein Manöver der bankrotten Zellentaktik.

Auf Anweisung der Exekutive der „Roten Gewerkschafts-Internationale" (Profintern) hat die letzte Reichsparteiarbeiterkonferenz der KPD. neue Richtlinien für die Arbeit unter den proletarischen Massen herausgegeben, um durch eine offensivere Taktik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung das Wasser abzugraben. Oberflächlich gesehen erscheint der neue Kurs der KPD. radikal, da er gegenüber der bisherigen Taktik eine größere politische Selbständigkeit vorschreibt. „Die Vorbereitung der Massen in Streiks und Aussperrungen" soll unter der Losung stehen: „Hoffi nicht auf die Gewerkschaftsbürokraten, nehmt euer Geschick in die eigenen Hände." Infolgedessen sollen bei Arbeitskonflikten „Kampfleitungen" gewählt werden, denen kein offizieller Vertreter der reformistischen Gewerkschaften angehören darf. Die betriebsfremden Arbeiter ohne Unterschied ihrer Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit sowie auch die Unorganisierten sollen solche Kampfkomitees schaffen, die dann unter Führung der Gewerkschaftsopposition die Aufgabe haben, unter Ausschaltung der offiziellen Gewerkschaftsinstanzen Arbeitskämpfe vorzubereiten, durchzuführen und abzuschließen. Ebenso sollen bei den Betriebsrätewahlen oppositionelle Vorlisten aufgestellt werden, wenn unter bestehenden Kandidaturen auf der offiziellen Gewerkschaftsliste unpasslich sind. „Die Parole besonderer Streikleitungen hat die KPD. bereits in Rauhkampf praktisch durchgeführt, und jetzt ist sie überhaupt dabei, die neue Linie bei der Betriebsrätewahl zu beschreiten.

Der neue Kurs der KPD. trägt also auf den ersten Blick ein den Stempel einer Linkswendung. Aber soweit es sich dabei wirklich um einen Schritt nach links handelt, ist dieser Schritt nicht der praktische Ausdruck eines bewußten revolutionären Vorsatzes, sondern nur eine durch objektive Verhältnisse bedingte Zwangsläufigkeit. Denn nicht die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer revolutionären Klassenkampfpolitik, die Massenmobilisierung hat zur taktischen Wendung gehört zur Demokratie und ihrem Geschäft. Wie könnte sonst wohl die „Welt am Abend" kommentieren, daß es besser wäre, für Menschen, die ihrer Kräfte haben, daß sie sich nicht boxen in ihrer tierischen Art, sondern mit ihrem breiten Kreuz lieber Steine tragen könnten und wirklich der Menschheit dienen. Solche Worte kann man nicht mehr in den KPD.-Organen finden. Da sie sich längst dem Kapitalismus prostituiert (siehe Inseratenteil und Reklamepflanzage). Auch die Berliner Arbeitersportler, die ideologisch hinter der KPD. herlaufen, finden die Verherrlichung des bürgerlichen Sportwahnsinns, durch die „Welt am Abend" ganz in Ordnung. Wie lange noch wird sich das Proletariat von den roten Pfaffen, die es mit seinen Groschen ernährt, blenden lassen? Wann wird sich endlich die Flamme der Erkenntnis entzünden?

Mögen sich sozialdemokratische Ministerlinge vor Boxer, Flimmersterne und Generale elastisch beugen und siefelern, mögen die Salonkommunisten von der „Welt am Abend" dazu Beifall klatschen — ihnen gebührt diese Narrenrolle, sie kleiden ihnen. Das denkende Proletariat hat mit dieser Gesellschaft nichts zu tun und mißt seine Welt erkämpfen, wo nicht Müßiggänger und Sportler, sondern schaffende Menschen, die unter Lebensgefahr ihre Arbeit verrichten, die Helden der Gesellschaft sind.

Die Märzgefallenen mahnen!

18. März. Märztage, an denen schon oft in der Geschichte der Klassenkämpfe revolutionäre Stürme die Gesellschaft durchbrausten und reaktionäre Gewalten wie ein schwankes Rohr zerknickten. Märztage, an denen zehntausende Unterdrückte ihr Leben für eine neue Welt in die Schanze warfen und mit ihrem Opfertod den nachfolgenden Generationen ein historisches Vermächtnis auferlegten.

Da sind die Barrikadenkämpfer des März 1848. Sie schlugen für die aufkommende Bourgeoisie die Revolution, sie warfen die preußische Pickelhaube in den Straßendreck, sie degradierten einen wortbrüchigen König zur Marionette und mußten am Ende doch einen neuen Burgfrieden mit der Reaktion eingehen. Aber der Sturmlauf der 48er Revolutionäre hatte dennoch die feudalen Fesseln der gesellschaftlichen Entwicklung gesprengt, sie waren Vorkämpfer der geistigen Emanzipation der arbeitenden Klassen, die heute auf einem Kampffeld stehen, wo die bürgerliche Demokratie hinter die Tagesfrage Kapitalismus oder Kommunismus zurückgetreten ist.

Da ist die Pariser Märzrevolution von 1871, die mit [illegible] Gewalt die Erhebung von 1848 bereits gewaltig überragt. Zwei Jahrzehnte kapitalistische Entwicklung hatten schon eine solch klare Klassenscheidung herbeigeführt, daß die Kämpfer der Pariser Kommune über die bürgerliche Zielsetzung der 48er Barrikadenkämpfer hinausstoßen konnten zum ersten praktischen Versuch einer proletarischen Politik. Auf die historische Grenze der Fraktion des alten Staatsapparates stoßend, schufen die Kommunehelden in ihrem Deputiertensystem den universalen Anfang der proletarischen Herrschaftsform. Die geschichtliche Grundsteinlegung der revolutionären Arbeiterräte — das ist das unsterbliche Verdienst der Erhebung des Pariser Proletariats von 1871! Und wenn auch noch ein Gallifet mit Hilfe der preußischen Militärkamarilla das revolutionäre Paris niederkartätschen konnte: — unvergänglich ist die große Lehre der Kommune, daß die Arbeiterklasse die bürgerliche Staatsmaschinerie nicht für ihre sozialistischen Zwecke gebrauchen kann, sondern in den proletarischen Räten eigene Machtorgane schaffen muß!

Was die Kommunekämpfer heroisch begonnen, wurde nach der russischen Märzrevolution 1917 fortgesetzt. Der keimhafte Anfang der Räte entwickelte sich im Feuer der bolschewistischen Erhebung zum eisernen Schwert proletarischer Macht, und auch der bolschewistische Rückzug auf die nepkapitalistische Plattform vermag die weltgeschichtliche Bedeutung der revolutionären Arbeiterräte nicht auszulöschen.

Das deutsche Proletariat versuchte in seinen Märzkämpfen 1919-20-21 ebenfalls die Lehren vergangener Märze in sozialistische Tat umzusetzen. Doch die Abhängigkeit der Arbeitermassen von den reformistischen Führerorganisationen war noch so stark, die demokratischen Illusionen noch so groß, daß die Konterrevolution über den revolutionären Vortrupp triumphieren konnte. Aber die Märzgefallenen der Nachkriegszeit mahnen mit ihrem Opfertod das Proletariat eindeutig an seine sozialistische Mission. Sie mahnen unablässig, bis die Arbeiterklasse mit dem Schwert der revolutionären Massenaktion die Märzschlacht für den Kommunismus schlägt!

Der von der KPD. jetzt über den organisatorischen Rahmen der Gewerkschaften hinausragende Fraktionskampf gegen die sozialdemokratischen Verbandsinstanzen muß zwangsläufig die allgemeine Ausschlußoffensive gegen die Opposition auslösen und damit die Tatsache der Gewerkschaftspaltung schaffen, ohne daß die KPD. eine solche Wirkung beabsichtigt.

Daß die unvermeidliche Wechselwirkung des neuen „Linkskurses" die Spaltung der Gewerkschaften ist, darüber ist man sich auch in Kreisen der linnistischen Führer vollkommen klar. Kein geringerer als Losowski hat bereits auf der Dezemberstärung der Profintern offen ausgesprochen:

„Jawohl, unsere Anweisungen bedeuten Spaltung. **Wir bellinden uns in einer Sackgasse, aus der nur durch die Spaltung der reformistischen Verbände herauskommen."**

Hiermit bestätigt der Führer der RGI, auch unzweideutig, daß die Zellentaktik restlos bankrott ist und die neue Linie nur den Zweck hat, das Proletariat von der riesenhaften Gewerkschaftsspaltung der KPD. mit radikalen Manövern abzulenken.

Die Erkenntnis von der Unvermeidlichkeit der Gewerkschaftsspaltung als Begleiterscheinung des „Linkskurses" stellt die KPD.-Führer natürlich vor die Frage, wie die Gewerkschaftsopposition nach ihrem Ausschluß organisatorisch zusammenzuhalten ist. Auch die Lösung dieser Frage hat bereits konkrete Gestalt angenommen. Das brandleristische Organ „Gegen den Strom" veröffentlicht darüber schon bemerkenswerte Einzelheiten. So hat die Bezirksleitung Ostsachsen der KPD. am 21. Februar ein Rundschreiben herausgegeben, in dem es heißt:

„Viele Genossen fürchten sich, auf einer eigenen Liste zu kandidieren, weil dann die Gefahr der Ausschlüsse besteht und sie trotz langer Mitgliedschaft in der Gewerkschaft dann weder Streik- noch Erwerbslosenunterstützung erhalten. Diesen Genossen ist zu erklären, daß die Partei **eine Hilfsorganisation für Ausgeschlossene** schafft. Dort zahlen die Ausgeschlossenen einen Beitrag, der nicht höher als ihr Verbandsbeitrag ist und wenn gestreikt wird bzw. Erwerbslosigkeit eintritt, erhalten diejenigen, die der Hilfsorganisation angehören, die gleiche Streik- bzw. Erwerbslosenunterstützung, die ihnen sonst der Verband gezahlt hätte."

Ebenso hat in Kiel der UB.-Sekretär Bruhn in der Zelle Hochwald am 20. Februar erklärt:

„Jeder Genosse muß sich darüber klar sein, daß **die neue Linie bedeutet: Neugründung von Gewerkschaften!"**

Auch Wilhelm Pieck, der ewige Prominente der KPD., hat einem Mitglied gegenüber deutlich erklärt:

„Die Bildung neuer Gewerkschaften ist unvermeidlich.

Man kann das nur noch nicht an die große Glocke hängen."

Paul Merker, der jetzige Gewerkschaftsstratege der KPD., schreibt allerdings in seiner Antwort („Rote Fahne" v. 10. 3.) auf die Enthüllungen der Brandlergruppe: „Es ist die Pflicht jeder Parteileitung, mit aller Entschiedenheit dafür zu wirken, daß die Parteigenossen, soweit sie für die gewerkschaftliche Organisation in Frage kommen, restlos den Verbänden angehören . . . Aber Merker selbst muß die Unerfüllbarkeit dieser „Pflicht" bestätigen, denn er stellt im gleichen Artikel fest, daß „die nur formale Einheit den Massen nichts nützt".

Die Sachlage ist also klar. Die von der KPD. propagierte „Einheit der Gewerkschaften um jeden Preis" ist konterrevolutionär, da sie die Preisgabe jeder revolutionären Arbeiterpolitik zur Voraussetzung hat. Heut muß die KPD. selbst infolge des heillosen Bankrotts ihrer Zellentaktik einen „Linkskurs" steuern, der die Gewerkschaftsspaltung zwangsläufig im Gefolge hat. Heut muß die KPD. selbst die Bildung neuer Gewerkschaften vornehmen, um die ausgeschlossene Opposition zu sammeln. Aber diese Gewerkschaften für Ausgeschlossene haben die Aufgabe, in erster Linie für ihre Wiederaufnahme in die Amsterdamer Front zu kämpfen. Diese Politik ist jedoch ein Drehen im Kreise, da sie nicht die prinzipielle Scheidelinie gegenüber dem Gewerkschaftsreformismus zieht. Aus der Sackgasse der utopistischen „Gewerkschaftseroberung" kann deshalb nicht das „Linkskurs"-Manöver der KPD. heraus führen, sondern einzig und allein die Formierung der Proletariermassen als Klasse in den revolutionären Betriebsorganisationen der Allgemeinen Arbeiter-Union. Das müssen besonders die KPD.-Arbeiter endlich erkennen und danach handeln.

Mül

bisherige Bedeutung im Sinne sparsamerer Wirtschaftlichkeit beschränkt, sondern eine planmäßige Revolutionierung aller Produktionsmittel und -methoden ist. Dieser Kampf um die Erweiterung der Produktion und der Kampf des Imperialismus um die Erweiterung der Konsumtion schafft einen Zustand, der der denkbar größte Gegensatz zu einer Stabilität im Sinne der Weiterexistenz auf gleichbleibender Stufe ist.

Damit kommen wir zur Diskussion über die Taktik. Wie wir es zurückweisen müssen, aus Angst vor reformistischen Abwegen zum Arsenal metaphysischer Rühle-Pfempfert-Theorien zu greifen, genau so muß es abgelehnt werden, zwecks Verhütung klassenkampffeiger Tendenzen mit der schädlichen Stabilisierungsgesellschaft zu kommen. In beiden Fällen haben wir wohl bessere Argumente zur Hand. Es zeigt sich immer mehr, daß der Kampf des Marxismus um die revolutionäre Linie ein Kampf auf mehreren Fronten zugleich ist. Das sieht man auch bei der Debatte über die Art und Weise des Eingreifens der Union in die Wirtschaftskämpfe. Danebengehauen erscheint hingegen die Fragestellung, wie und ob wir Wirtschaftskämpfe auslösen sollen. Erst in zweiter Linie ist es wichtig, wer sie auslöst. An erster Stelle ist wichtig, wer sie weiterführt, und wie er sie weiterführt. Hier müßte die Diskussion beginnen, falls wir heute vom Himmel gefallen kämen, aber nicht im 10. Jahre der Existenz. Richtung, Inhalt, Ziel und Mittel dieser Kämpfe: daraus kommt es an. Und die „Taktik" wird bestimmt von den programmatischen Grundsätzen sowohl wie von den technisch-physischen Möglichkeiten. Erstere stehen fest und dürfen nicht „beweglich" gemacht werden und es wird hoffentlich kein Genosse an etwas derartiges denken. Eine Diskussion über die Taktik erscheint daher nur vom zweiten Punkt aus fruchtbar.

Mit obigen Feststellungen sei keiner Spontanitätsillusion das Wort geredet, oder daß wir nun alle Kampfproklamierungen des „andern" überlassen müssen. Wie oft hat man schon Arbeiter selbst handeln gesehen! War aber keine wirklich revolutionäre Führung und kein solcher Inhalt dieser Aktionen da, der sie hätte über den engeren Rahmen hinausbringen können, so war auch die schönste Selbsthandlung für die Katz. Wenn wir uns dessen bewußt werden, daß der Klassenkampf weder durch vorbereiteten Beschluß noch durch Spontanität und deren verursacht wird, sondern **durch den Gegensatz von Arbeit und Kapital**, so drängt sich gerade deswegen **die Notwendigkeit** in den Vordergrund, **diese Kämpfe nach ihrer machtpolitischen Richtung und ihrem Inhalt zu beeinflussen.** Es ist nicht zu verwundern, wenn dann die Formulierung von der Auslösung . . . wie eine bescheidene Auflage jener romantischen Ideen erscheint, nach denen selbst die Revolution einstmals „ausgelöst" werden soll. Mit der Bezeichnung rückt sichtslos, aber wird ein Begriff etwa nach der poetischen Seite hin geschmückt, nicht aber objektiv konkretisiert.

Wirtschaft

Konzentration des Handelskapitals

Karstadt schluckt Lindemann. Verstärkter Druck auf Kleinhandel und Kleinindustrie.

In der Linie der ausseigenden Konjunktur war die Konzentrationsnotwendigkeit für das Handelskapital nicht so zwingend wie für das Produktionskapital. Die mit dem Schwund der Massenkaufkraft erschwerte Akkumulation auf der absteigenden Linie der Konjunktur zwingt jetzt aber auch in größerem Ausmaße das Handelskapital zu Zusammenschlüssen. Tietz schluckte den Jandorf-konzern, einige Großbanken schlossen sich in den letzten Wochen zusammen, und jetzt die größte Konzentration in der Geschichte des Handelskapitals: Karstadt-Lindemann.

Karstadt ist nach der Aufsaugung der Lindemann Akt.-Ges., der größte europäische Warenhauskonzern (bisher Hermann Tietz). Er besitzt jetzt 89 eigene Waren- und Kaufhäuser (außer Breslau und Frankfurt a. M.). Dazu kommen noch 40 andere Häuser, die zwar juristisch selbständig sind, wirtschaftlich aber von Karstadt beherrscht werden und mit ihm eine gemeinsame Einkaufsorganisation haben. Ferner gehört noch zum Karstadt-Konzern die Epa-Einheitspreis AktGes. mit 25 Einheitspreisgeschäften. Karstadt besitzt eigene Einkaufshäuser in Berlin, Hamburg, Chemnitz, Plauen, Apolda, Münster, Offenbach und Paris. Karstadts Umsatz betrug im letzten Jahre 231,5 Millionen Mark; mit Lindemann zusammen wird er 320 Millionen Mark übersteigen. Hinzu kommt noch der Umsatz der eigenen Produktionsbetriebe (Weberei, Ausrüstungsanstalten, Etikettenfabrik, Druckerei-, Konserven- und Fleischwarenfabrik und Parfümeriefabrik) an fremde Kundschaft, der im letzten Jahre 45,5 Millionen Mark betrug.

Die ungeheure Macht der Warenhäuser liegt in ihrer Einkaufskraft, die zusammenschlußfördernd sich auch auf den kleinen Einzelhandel zu Einkaufsverbänden auswirkt. Als seinerzeit das aufsehenerregende Abkommen von 5 großen Warenhauskonzernen über gemeinsamen Einkauf von den Großdruckereien und dem Baumwollwarengroßhandel abgeschlossen wurde, setzte der private Einzelhandel mit einer einst solchen Aktion ein. Sechs große Verbände mit fast 2000 Textileinzelhandelsfirmen schlossen sich zu dem Verein „Vereinigte Textileinkaufsverbände E. V." zusammen. Diese Verbände haben nach ihrer Angabe einen Jahresumsatz von reichlich 400 Millionen Mark. Ein ungeheuer kaufkraftstarker Faktor, immerhin noch von geringerer Bedeutung als z. B. Karstadt allein, wenn man in Betracht zieht, daß dessen Umsatz sich auf „nur" 150 Verkaufsstätten konzentriert.

Die Triebkräfte für die Entwicklung der Warenhäuser sind die Verelendung der Massen und die damit sich verschlechternde und sich uniformierende Geschmacksrichtung: das Bedürfnis nach billigen Waren. Damit soll nicht verkannt werden, daß die Warenhäuser (wie einst auch die Konsumvereine) gegenüber dem nur zu leicht — oft aus Unfähigkeit zu geschäftlichen Dispositionen und Wucher neigenden Krämer. Die Wirkung der Konzentration des Handelskapitals, nicht nur der Warenhäuser, ist aber zweifellos eine weitere Verelendung der Massen. Es gibt keine Konsumindustrie, die die Kundschaft der Warenhäuser und der erstarkten Einzelhandelsverbände entbehren könnte. Die ungeheure Kaufkraft, und die Barzahlung wenigstens der Warenhäuser, die Akzepte der Warenhäuser gelten so gut als bares Geld) bringen die Fabrikanten, oft bis in die Großindustrie hinein, in eine widerstandslose Abhängigkeit. Vor allem das Warenhaus kauft im Submissionswege Markenartikel. Alle bisherigen Verbote von Fabrikantenverbänden an ihre Mitglieder, sich nicht an den Subventionen zu beteiligen, sind bisher gescheitert. Wer den Bedarf der Warenhäuser mitmachten würde, kann einpacken. Lohndruck, verschärfte Ausbeutung, verschlechterte Arbeitsbedingungen, sind die naturnotwendige Folge. Daß die Warenhausangestellten im allgemeinen weit unter dem Lohnniveau der Gesamtarbeiterklasse stehen, ist bekannt.

Die Ende April oder Anfang Mai bevorstehende Eröffnung des Karstadt'schen Riesenwarenhauses in Berlin-Neukölln, löst im Einzelhandel — hauptsächlich im Karstadt'schen Aktionärkreis — seit Monaten steigende Erregung aus. Tausende Mittelstandsexistenzen (die es trotz alles Strebens nicht zum Warenhausbesitzer brachten), fühlen, daß es ihnen an den Kragen geht. Eine „Gegenaktion" hat eingesetzt, und allerlei Weltbeglücker und Leute, die auf dem Rücken noch Dümmerer empor wollen, haben Vereine und Vereinchen „gegen die Warenhäuser" gegründet. Von der Verzweiflung dieser Leute kann man sich einen Begriff machen, wenn man erfährt, daß man sich mit dem Gedanken des Aussetzens von Ratten und Mäusen (Gerichtsnotorisch!) und mit dem Auslegen von Stinkbomben in den Verkaufsräumen trägt, um das Publikum von den Warenhäusern abzuschrecken.

Die über diesen „acistigen" Horizont der Kretins emporragenden Einzelhändler erheben den Ruf nach staatlichem Schutz für sich und eine Unterdrückung der Warenhäuser durch Konzessionspflicht für neue Häuser, wie etwa bei Schankstätten und Apotheken. Diese Kurzsichtigkeit geht, politisch gemessen, über den Blick der Kämpfer mit Stinkbomben und Ratten und Mäuse keineswegs hinaus. Ganz abgesehen davon, daß dies meistens jene Kreise sind, die den Ruf „Freie Bahn dem Tüchtigen" am lautesten erheben. Man könnte ebenso gegen Wind und Sonnenschein und Regen ankämpfen, wie gegen die wirtschaftliche Entwicklung des Kapitalismus, dessen festeste Stützen diese Leute selbst sind.

Auf keinem anderen Niveau steht der Ruf nach dem Staat. Der Staat hat ja doch wohl die Aufgabe, das Ausbeutungsrecht der besitzenden Klasse gegen die nichtbesitzende als Produzent und Konsumenz zu schützen. An der Ausbeutung der Konsumenten hat aber — bis heute noch — der Einzelhandel einen größeren Anteil als die Warenhäuser, weil er insgesamt einen größeren Umsatz hat. Diese Ausbeutung des Proletariats als Konsumenz und Produzent und die dadurch zunehmende Verelendung der Massen aber ist der Boden, aus dem die Warenhäuser emporwachsen.

Einen Schutz als Konsument wird das Proletariat erst in einer kommunistischen Gesellschaftsordnung haben, wenn es sein eigener Produzent sein wird.

Aus der Bewegung

Groß-Berlin

KWO. Oberschöneweide.

Wie die gewerkschaftliche Solidarität aussieht und was die gewerkschaftsdisziplinierten und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die Erhöhung resp. für die Herabsetzung der Löhne tun, dafür liefert ein im Kabelwerk Oberspree, Oberschöneweide kürzlich vorgekommener Vorfall den vollgültigen Beweis.

Einem Genossen der BO., einem langjährigen Einrichter, der aber als Schraubendreher arbeitet, wurde angeraten, eine Bank für eine Arbeiterin einzurichten. Der Lohn für selbständige Schraubendreher, den unser Genosse erhielt, beträgt im Durchschnitt 1,20 bis 1,22 Mk. Der Lohn für Einrichter ist etwas höher, etwa 1,25 bis 1,40 Mk. pro Stunde. Der Genosse verlangte nun für die Einrichterarbeit auch den höheren Lohn. Er lehnte ab, für den Dreherlohn einzurichten. Und hier setzt die „Solidarität" der Gewerkschaft ein. Ein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, der als Einrichter arbeitet, machte die von unserm Genossen abgelehnte Arbeit für 1,15 Mk. pro Stunde, d. h. für seinen bisherigen Lohn. Zur Rede gestellt, meinte er, daß der Einrichterlohn nur 1,09 Mk. betrage (!), also rund 13 Prozent weniger, als der der selbständigen Schraubendreher. Ohmann, Vertrauensmann und Betriebsrat, die angerufen wurden, erklärten, daß nun da „nichts machen" könne.

Die Arbeit, die der Gewerkschaftler geleistet hat, ist auch danach. Außerdem hat er etwa viermal solange dazu gebraucht, als es bei einem gelernten Einrichter der Fall ist. Das Werk hat bei der Arbeit also gewaltig zugezeitet. Aber das Kapital hat Grundsätze. Und die hat es hier durchgesetzt. Es hat hier qualifizierte Arbeit für einen geringeren Lohn erhalten, als weniger qualifizierte. Wie oben schon angedeutet, ist dies im KWO. schon üblich. Kürzlich wurde Einrichter werden kann je mehr den richtigen Einrichterlohn erhalten, das Verhalten des Obmanns, des gewerkschaftlichen Vertrauensmanns und des Betriebsrats sind der Beweis dafür. Und wenn später die Löhne — zuerst in Einzelfällen — für weniger qualifizierte Arbeiter unter die höher qualifizierten gruppieren, d. h. herabsetzen wird, so wird man von gewerkschaftlicher Seite erst recht „nichts machen" können.

Wer das gewerkschaftliche System begriffen hat, dem wird dieser Vorfall nichts mehr sagen. Es ist die bis ins kleinste sich auswirkende Gewerkschaftskritik. Nichts weiter. Die „große" „Taktik" der Gewerkschaften ist, die Arbeiter am Durchsetzen von Forderungen durch Massenkämpfe dadurch zu verhindern, indem sie jeden Streik lokalisieren und ein Übergreifen auf größere Gebiete unmöglich machen. Und wenn sich die einen totgestreikt haben, kommen die anderen an die Reihe. Im inneren Betrieb besorgen dann die Gewerkschaften den Lohnabbau im einzelnen wie das Beispiel im KWO. zeigt.

Die Gewerkschaften benutzen stets, keine höheren Löhne durchsetzen zu können, weil es noch so viele Un- und Andersorganisierte gibt. Der DMV. hat schon verschiedentlich eine Aktion unternommen, um die Un- und Andersorganisierten aus den Betrieben zu werfen. Wohin es führen würde, wenn alle Arbeiter in den Gewerkschaften wären und nach den „Grundsätzen" des beschriebenen Beispiels vom KWO. handelten, das zu erraten ist nicht schwer. Beispiele im Großen gibt es auch da genug. Wir brauchen nur an den Streik der Hamburger Hafenarbeiter zu erinnern. Dort stimmten bekanntlich die gewerkschaftlich Organisierten für Streikbruch und die Un- und Andersorganisierten für Streik.

Man kann den Beteiligten im KWO. wohl kaum einen Vorwurf machen; vom gewerkschaftlichen Standpunkt handeln sie richtig. Sie üben Gewerkschaftsdisziplin. Die Gewerkschaftsdisziplin und die Gewerkschaftsdisziplin sind aber immer ein Schlag gegen die Arbeiter. Deshalb führt der einzige Weg aus dem Elend der Arbeiterklasse nur über die Trümmer der Gewerkschaften. Sie müssen zerschlagen werden. Die Arbeiter müssen sich in revolutionären Betriebsorganisationen zusammenschließen, wo sie selbst über ihr eigenes Geschick bestimmen, nicht Herren vom grünen Tisch, die das Arbeiterelend lange vergessen haben.

München

So wie im Reiche, versuchten auch in München am 8. März die reaktionären Polizeibestien hungernde demonstrierende Arbeiter, die mit dem Ruf: „Gebt uns Arbeit und Brot!" auf die Straße gingen, mit Polizeiknüppeln und Seitengewehren zu sättigen, indem sie ihre Mordinstrumente auf die Erwerbslosen los ließen. Durch diesen Terror der blutigsten bayrischen Polizei versucht die bayrische Justiz dem Proletariat neue Schläge, und zwar durch Versammlungsverbot, zu versetzen. Trotz alledem hat sich die AAU. München nicht zurückschrecken lassen, diese Bevormundung zu durchbrechen und am 14. d. M. eine Erwerbslosenversammlung abzuhalten, die mit dem Thema: „Gewerkschaftsbonzen sprechen mit Polizei schlägt hungernde demonstrierende Arbeiter". Die Versammlung war nicht so besucht, wie sie hätte sein sollen, da ein größerer Teil vor dem Polizeiterror zurückgeschreckt war, und der nächsten Angriff dieser Helden von der Ettsstraße fürchteten. Der Referent sprach in ausführlicher Form, so daß diese Frage jedem denkenden Proletarier klar sein konnten. Er entlarvte die konterrevolutionäre Praxis der Parlaments- und Gewerkschaftsorganisationen. Selbst KPD.-Leute waren von dem Referat begeistert, so daß sie es größtenteils für gut und richtig hießen.

Als der Genosse ziemlich am Schluß seiner Rede war, rückte ein durch Spitzel benachrichtigtes Regiment Schupo zu Fuß und zu Roß, Überfallkommando mit drei ans sein sehr gut bekannten Kriminalbeamten an, und forderten auf, die Versammlung zu räumen. Diese im Arbeiterblut besudelten Elemente hätten auch hier gern ihre Kampfgefühle betrieben. Diese Provokateuren scheiterten aber an der Disziplin der anwesenden Proletarier. Andernfalls hätten die Herren aus der Ettsstraße auch mit Arbeiterfäusten Bekanntschaft machen können. Während die Volksdiktatoren der deutschen „Demokratie" (die in Wirklichkeit nur auf dem Papier steht) mit den Genossen Sch. verhandelten, ergriff der Versammlungsleiter das Wort, konnte aber durch das Polizeiaufgebot nicht aussprechen, er erklärte die Versammlung für geschlossen. Die bis an die Zähne bewaffneten Schupobestien mußten sich wutentbrannt zurückziehen. Der Belagerungszustand über das Lokal wurde aufgehoben, als die Proletarier ihr Bier ausgetrunken hatten. In der Sternfabrik wurde die Versammlung durch Diskussion in aller Ruhe weitergeführt, so daß wir und die Proleten nichts versäumt haben, und die Arbeit für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung die so lebenswürdigen Polizei war nun auch umsonst gewesen. Allerdingsfalls hält die Münchener Einwohnerschaft ein großes Stück auf ihre Polizei. Auch der Tag wird nicht ausbleiben, wo das revolutionäre Proletariat noch viel größere Stücke auf die so sehr Ordnung bemühte Polizei halten wird. Trotz dieser Terrorattacken, die sich immer und immer nur gegen das Proletariat richten, werden wir nicht zurückschrecken, sondern im selben Sinne für den Sturz des Kapitalismus und der bestehenden Gesellschaftsordnung weiterkämpfen. Trotz aller Schikanen wegen der kommunistische Arbeiterbewegung wird sich der Funke der proletarischen Weltrevolution weiter entzünden, bis er wie eine Lavaströmung Schluß macht mit dem Ausbeuterzeitalter und allen Verrätern am Proletariat. Der Geist Karl Liebknechts, und Rosa Luxemburgs, unausrottbar aus den Hirnen der revolutionären Arbeiterklasse und nicht mit dem Polizeiknüppel und Zuchthäusern der deutschen Klassenjustiz.

Vorwärts zum Kampfe im Geist der revolutionären, immer ermordeten Vorkämpfer des Proletariats. Entreißt ihnen alle Prestige, die heute noch in den Krallen der Klassenjustiz schmachten und dahinsiechen, während die Schwerverbrecher am Proletariat auf freiem Fuß stehen und ihre Diktatur fortsetzen. Klassenjustiz heißt Macht Macht und den vermoderten Instrumenten, wie Parlament und Gewerkschaften, da dies keine Waffen für das Proletariat, sondern gegen das Proletariat sind. Die proletarische Revolution ist unlegaler. Deswegen ist heute schon der Kampf unlegaler, um jede Polizeibevormundung zu zerreißen, um jede Ketten zu durchbrechen. Schließt euch zusammen als Klasse dort, wo ihr ausgebeutet werdet und unter der Knute der herrschenden Klasse steht. Nur auf diesem Wege können wir die Unterjochung des Kapitals beschleunigen und unsere Parolen verwirklichen. Trotz alledem zieht das Schiff der kommunistischen Arbeiterbewegung seinen Kurs stolz und fest dahin, bis das erste Werk des Sozialismus vollbracht ist.

Wir empfehlen:

A. Bebel, Aus meinem Leben (3 Bände)		geb. 12,–
A. Ballabanoff, Erziehung der Massen zum Marxismus	kart. 2,50	„ 3,50
Bucharin, Die politische Oekonomie des Rentners		„ 4,–
Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen Philosophie		„ 2,50
Gorter, Der historische Materialismus (Neudruck)	brosch. 1,–	„ 2,50
— Der Imperialismus, der Weltkrieg und die Sozialdemokratie	„ 1,20	
— Offener Brief an den Gen. Lenin	„ 0,50	
Gewerkschaften oder Allg. Arbeiter-Union	„ 0,15	
Die KPD. im eigenen Spiegel	„ 0,75	„ 1,75
Lenin, Staat und Revolution	„ 1,20	
Liebknecht, Reden und Aufsätze		„ 4,50
— Briefe aus dem Zuchthaus	„ 2,50	
Luxemburg, Die russische Revolution 1917	„ 0,25	„ 0,50
— Briefe aus dem Gefängnis	„ 1,80	„ 2,80
Marx, Klassenkämpfe in Frankreich	„ 0,60	
— Der Bürgerkrieg in Frankreich	„ 0,50	
Pokrowski, Historische Aufsätze		„ 3,–
Reed, 10 Tage, die die Welt erschütterten		„ 4,50
Trotzki, Grundfragen der Revolution	„ 3,–	
— Terrorismus und Kommunismus	„ 1,50	
Thalheimer, Einführung in den dialektischen Materialismus		„ 3,–
— Deborin, Spinozas Stellung in der Vorgeschichte des dialektischen Materialismus		„ 3,–

Literatur der Sexualwissenschaft:

Hodann, Bringt uns wirklich der Klappersторch	brosch. 0,60	
— Geschlecht und Liebe		geb. 11,50
— Handbuch der Sexualberatung		„ 14,–
— Bub und Mädel	kart. 2,60	„ 5,–
Magnus Hirschfeld, Empfängnisverhütung	brosch. 1,25	
Richter, Die in ihre Hände fallen	kart. 3,20	
Rühle, Sexual-Analyse	„ 3,50	
Maria Winter, Frühtabtreibung oder Verhütung der Schwangerschaft	brosch. 0,50	
— Der Mensch von morgen	kart. 3,50	
Ben Lindsey, Kameradschaftsehe		„ 8,50

Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Mitteilungen

Reich

Duisburg.

Oeffentliche März-Kundgebung am Sonntag, den 24. März vormittags 10 Uhr, auf dem Vorplatz am Stadion (Kalkweg). Unter freundlicher Mitwirkung der Freien Sängervereinigung Duisburg-Wanheimer Ort. Thema: Der März des Proletariats.

Provinz Brandenburg

Finowtal.

Auskunft über Versammlungen und Betriebsberichte: Karl Falk, Kupferhammer bei Eberswalde, Lichterfelder Str. Daselbst jeden Sonntag von 10—11,30 Uhr Zeitungsausgabe sowie Bekanntgabe des Tagungslokals und Mitgliederaufnahme.

Fürstenwalde.

Ausgabe von Zeitungen, sowie Mitgliederaufnahme jeden Freitag, abends von 7—8 Uhr, im Volksgarten, Windmühlenstraße.

Groß-Berlin

Nächste 22er Kommission

am **Mittwoch, den 3. April**, bei König, Langestr. 53, da die Woche vom 24. bis 30. März eine Freiwoche ist.

Achtung, Distriktsversammlungen

am **Freitag, den 5. April!** Es tagen:

2. und 3. Bezirk im Lokal Frenzel, Reinickendorfer Str. 42 (Wedding);

6., 13. und 14. Bezirk im Lokal Schwarzkopf, Fontanestraße 26 (Neukölln);

5., 15. und 17. Bezirk im Lokal Kusche, Marktstr. (Lichtenberg);

7., 8. und 11. Bezirk im Lokal Josefowicz, Galvanistr. (Charlottenburg).

Thema in allen vier Versammlungen: **Bericht der Reichskonferenz durch die Berliner Delegation.**

Verantw. Redakteur und Herausgeber: F. Rother, Berlin O 17. Druck: Druckerei f. Arbeiterliteratur, W. Iszdonat, Berlin O 17.

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union

März 1929 (Revolutionäre Betriebs-Organisationen) Für Erwerbslose 5 Pfennig

Jahrgang 10 Nr. 13 — Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Union u. durch die Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13 — Preis 15 Pfennig

Ausnahmezustand in Preußen!

Der sozialdemokratische preußische Innenminister Grzesinski hat am 23. März unter der Ueberschrift: **„Eine letzte Warnung!"** einen Aufruf herausgegeben, in dem er aus Anlaß der politischen Ausschreitungen in letzter Zeit (Versammlungssprengungen, Prügeleien mit teils tödlichem Ausgang, Ueberfälle auf Polizeibeamte usw.) drakonische Maßnahmen gegen die radikalen Organisationen ankündigt. Der Aufruf schließt mit den Sätzen: „Wenn dieser letzte Versuch, die politische Betätigung der Staatsbürger im Rahmen der Gesetze gegen jede Beeinträchtigung zu schützen und die Ausartungen des politischen Kampfes durch Anwendung gewaltsamer Mittel zu unterdrücken, unglücklich verhallen sollte, werde ich . . . **gegen die radikalen Organisationen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln rücksichtslos einschreiten.** Dabei würde ich auch vor der Auflösung solcher Verbände und Vereinigungen nicht zurückschrecken, die gleichzeitig die Form politischer Parteien haben. Die Polizeiverwaltungen in Preußen habe ich mit entsprechenden strikten Anweisungen versehen."

Die Ausführungsbestimmungen für die lokalen Polizeibehörden lauten im wesentlichen: **„Organisationen, die** ungeachtet meiner letzten Warnung ihr gefährliches Treiben fortsetzen und dadurch **zu erkennen geben, daß sie die Herbeiführung von Friedensbrüchen geradezu bezwecken, sind,** soweit nicht noch andere gesetzliche Bestimmungen in Frage kommen, **gemäß § 2 des Reichsvereinsgesetzes aufzulösen:** gegen Versuche, sich weiter zu betätigen, ist nachdrücklich einzuschreiten. **Oeffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge, die eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen, sind vorbeugend polizeilich zu verbieten und zu verhindern. Versammlungen in geschlossenen Räumen, deren unfriedlicher Charakter von vornherein feststeht, sind gleichfalls vorbeugend zu verbieten: Versammlungen in geschlossenen Räumen, die nach Beginn einen unfriedlichen Charakter annehmen, sind polizeilich aufzulösen."**

Im besonderen weist der preußische Innenminister darauf hin, daß im Hinblick auf seinen öffentlichen Aufruf „eine nochmalige örtliche Verwarnung" der radikalen Organisationen „nicht mehr in Betracht zu ziehen ist".

Der Auflösungs-Erlaß des sozialdemokratischen Ministers fährt durchaus nicht wie ein Blitz aus heiterm Himmel in die preußische Hochburg der schwarzrotgelben Demokratie. Denn die tiefere Ursache für das diktatorische Vorgehen des preußischen Innenministers ist in den wachsenden staatspolitischen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Situation zu suchen und nicht in den politischen Keilereien der letzten Wochen, die ja nur der äußere Anlaß für den verschärften Polizeikurs sind. Einmal ist es die jetzige Wirtschaftslage selbst, die einen Herd sozialer Unruhe darstellt. Der Rückgang der industriellen Konjunktur hat die Erwerbslosigkeit so ins Riesenhafte gesteigert, daß schon dadurch allein die Staatsverwaltung vor der Notwendigkeit steht, ihre Polizeiorgane mit besonderen Vollmachten auszustatten, um eventuelle Rebellionen der hungernden Massen sofort im Keime zu ersticken. Die Gefahr solcher sozialen „Friedensbrüche" ist um so größer, da infolge der jetzigen Mehrbelastung der kapitalistischen Wirtschaft Deutschlands durch die normale Reparationszahlung das Heer der langfristig und dauernd Arbeitslosen stärker sein wird als in den vergangenen Jahren. — Zum anderen sind es koalitions-politische Gründe, die beim Schritt Grzesinskis eine gewichtige Rolle spielen. Der sozialdemokratischen Führerschaft ist es trotz weitgehendster Kompromisselei nicht gelungen, im Reich eine Basis für die Große Koalition zu zimmern. Die im Kabinett Hermann Müllers vertretene Deutsche Volkspartei bezieht offene Kampfstellung gegen die sozialdemokratische Regierungsführung, weil die in der DVP. maßgebende Industriellengruppe keine Zustimmung zu den Reparationsabmachungen und zu dem darauf beruhenden Reichshaushalt für 1929 gibt. Sogar die Autorität des jahrelangen Außenministers Stresemann kann die Fronde der Deutschen Volkspartei nicht mehr bannen, weil eben die Sachwalter der Bourgeoisie mit schönen pazifistischen Gesten wirtschaftlich — d. h. in der jetzt brennenden Reparationsfrage — nicht mehr weiter kommen. Dieser nicht mehr zu verschleiernde Zerfall der gegenwärtigen Regierungskoalition — der sich auch in einer Erschütterung der preußischen Kabinettsposition der SPD. auswirkt — stellt die sozialdemokratische Regierungsführung vor eine schwere Belastungsprobe, indem Hilferding nun den Etat vorlegen muß, ohne einer positiven Reichstagsmehrheit gewiß zu sein. Die Gefahr einer parlamentarischen Niederlage der Müller-Regierung in der Etatsfrage und damit einer Kabinettskrise ist so nahe, daß selbst der „Vorwärts" vom 24. März offen von der Möglichkeit neuer Reichstagswahlen sprechen muß.

Um nun aus der staatspolitischen Isolierung, die der krisenhafte Zustand der Reichsregierung mit sich bringt, herauszukommen, müssen die sozialdemokratischen Oberbonzen vor allem ihre Regierungsfähigkeit gegenüber der Führung der Bourgeoisie erneut beweisen. Das ist für die SPD.-Führer um so notwendiger, da sie jetzt auch von sich aus verhindern müssen, daß die Deutsche Volkspartei innenpolitisch ins Horn der Deutschnationalen bläst. Deshalb — um trotz aller wirtschaftlichen und koalitionspolitischen Schwierigkeiten sowie der damit verbundenen Zuspitzung der sozialen Gegensätze den starken Mann für den Schutz der Staatsautorität darzustellen, der verschärfte Polizeikurs in Preußen gegen die radikalen Organisationen! Die „letzte Warnung" des SPD.-Ministers Grzesinski ist also weiter nichts wie der letzte Versuch, die im Reiche schwer erschütterte Regierungskoalition der SPD. mit dem volksparteilichen Flügel der Bourgeoisie vor dem völligen Zusammenrachen zu retten — durch eine innenpolitische Entlastungsoffensive!

So muß die sozialdemokratische Ministerkumpanei unter dem Zwang ihrer verkrachten Koalitionspolitik selbst dem Proletariat vordemonstrieren, daß der Diktaturparagraph 48 die Seele der Weimarer Verfassung ist. Die schwarzrotgelbe Demokratie zeigt sofort ihre faschistische Tatze, wenn das Regierungsschiff an sozialen und koalitionspolitischen Klippen vorbeigesteuert werden muß. Der kleine Belagerungszustand als durchsichtige Verhüllung des wirklichen Ausnahmezustandes ist das Universalmittel, mit dem auch die SPD.-Minister jetzt die unterdrückten Massen in Schach halten müssen, um sich dadurch bei den herrschenden Kapitalsgruppen eine weitere Galgenfrist für die reformistische Regierungsherrlichkeit zu erkaufen. Denn daß die Faust des vom preußischen Innenminister befohlenen verschärften Polizeiregimes in erster Linie proletarische Organisationen treffen wird, bedarf angesichts der reaktionären Zusammensetzung des polizeilichen Offiziersstabes keiner näheren Begründung.

Das klassenbewußte Proletariat hat keine Ursache, vor dem demokratischen preußisch-deutschen Ausnahmezustand ins Mauseloch zu kriechen. Es hat auch keine Ursache, durch das hysterische Geschrei der um ihre Legalität zitternden KPD.-Parlamentarier sich in die Sackgasse eines tragikomischen Radauradikalismus treiben zu lassen. Die Errichtung der revolutionären Klassenfront in den Betrieben durch den Zusammenschluß der Proletarier in der Allgemeinen Arbeiter-Union wird die eiserne Mauer schaffen, an der die Attacke des reformistischen Polizeiministers zerstieben wird wie Gischt am Felsenstrand! Die planmäßige Organisierung des proletarischen Massenkampfes mit dem Ziel der Ablösung des Kapitalismus durch den Kommunismus: — sie allein kann jenen revolutionären Sturm entfesseln, der den sozialdemokratischen Polizeiknüppel der Bourgeoisie wie ein Streichholz zerbricht!

Zur 9. Reichskonferenz

In den zwei Jahren, die seit der achten Reichskonferenz der Allgemeinen Arbeiter-Union verflossen sind, haben sich die objektiven Verhältnisse für die Entwicklung der revolutionären Klassenkampforganisation ohne Zweifel günstiger gestaltet. Der eherne Tritt der kapitalistischen Rationalisierung mit seiner brutalen Steigerung der Ausbeutung hat die sozialpolitischen Phrasen der reformistischen Führer so mitleidlos zerstampft, daß die Gewerkschaftsbürokratie heut Sklavenverträge von ein- bis zweijähriger Laufzeit sanktionieren muß, um nur ja die mit ihrer letztkräftigen Hilfe in den Betrieben errichtete Ordnung des Schlichtungsfaschismus weiter aufrecht zu erhalten. Die mit der fortschreitenden Monopolisierung der Profitwirtschaft wachsende Macht der Kapitalskönige zwingt die Gewerkschaftsinstanzen, ihren „Klassenkampf" immer mehr auf das Gebiet des Verschacherns der Arbeiterinteressen am grünen Tisch zu verlegen. Dieser eiserne Zwang zu einer systematischen Instanzenstrategie gegenüber dem einheitlichen Vorgehen der Unternehmerverbände ist auch eine wichtige Ursache für die jetzige Ausschlußkampagne gegen die Gewerkschaftsopposition, um dadurch in der Amsterdamer Front die letzten Kräfte proletarischen Selbsthandelns zu vernichten. Der Rührkampf — aus dem die Gewerkschaftsorganisation nur dank der staatlichen Koalitionsüberlinge mit einem blauen Auge herauskam — hat praktisch bewiesen, daß die Gewerkschaften ihre Rolle als vorwärtstreibender Faktor moderner Massenkämpfe endgültig ausgespielt haben. Die gewerkschaftliche Entwicklung hat auf ihrem reaktionären Wege jene Etappe erreicht, wo die politische Werbekraft der Gewerkschaften degeneriert ist zur spießbürgerlichen Funktion eines Unterstützungsvereins, der schon in die Praxis der staatskapitalistischen Alters- und Invalidenversicherung hineinpfuscht.

Der immer sichtbarer werdende Bankrott der Gewerkschaften als proletarische Klassenkampforganisation hat aber nicht nur eine negative Seite, sondern erzeugt in seiner Wechselwirkung auch schon positive Regungen im Proletariat. Hier und dort gehen Arbeitergruppen bereits dazu über, bei Konflikten mit ihrem Ausbeuter die zuständige Gewerkschaftsinstanz auszuschalten und eigene Kampforgane zu wählen. Wenn auch die KPD. solche Kampfleitungen noch zu Werkzeugen ihrer utopistischen Zellentaktik mißbrauchen kann, so liegen solche Rebellionen gegen die gewerkschaftliche Führervormundschaft doch auf der revolutionären Entwicklungslinie des proletarischen Selbsthandelns und es kommt nur darauf an, diese instinktiven Regungen in bewußte Bahnen zu lenken. Gewiß hat die noch immer bestehende revolutionäre Stagnation auch konterrevolutionäre Folgen im proletarischen Lager außerhalb des ADGB., wie die Verschmelzungsabsicht des Weyer-schen Industrieverbandes mit dem DMV. zeigt. Aber eine solche politische Pleite muß unvermeidlich kommen, wenn eine Organisation nur als Konkurrenzladen der offiziellen Gewerkschaftspolitik aufgezogen ist. Die wirklich klassenbewußten Arbeiter des Weyer-Verbandes werden trotz aller Wirrnisse schließlich den Weg finden, der zur revolutionären Front führt.

Es bestehen also für die AAU. heut bessere Möglichkeiten als vor zwei Jahren, in revolutionärem Sinne an die breiten Proletariermassen heranzukommen. Der offen sozialfaschistische Kurs der Gewerkschaften und nicht zuletzt der katastrophale Zusammenbruch der leninistischen Zellenbauerei bieten Gelegenheit, die Basis der AAU. im Proletariat zu verbreiten. Wenn es zur ach zehten Reichskonferenz schon hieß: „Die Stunde der Union ist gekommen", so ist heut erst recht die Situation da, wo die Prinzipien der AAU. ihren praktischen Niederschlag im Proletariat finden können. Die ersten Versuche von Arbeiterschichten, nach jahrelanger Bevormundung durch die wirtschaftsfriedliche Gewerkschaftsbürokratie wieder selbständig gehen zu lernen, muß die AAU. mit allen Kräften fördern, weil sie keimhafte Anfänge revolutionärer Klassenpolitik sind. Die große schöpferische Losung „von unten auf" — das heißt: die Errichtung der revolutionären Kampffront in den Produktionsstätten der kapitalistischen Gesellschaft selbst — dieser Schlachtruf gegenüber der reformistischen Führerpolitik beginnt wieder im Pro